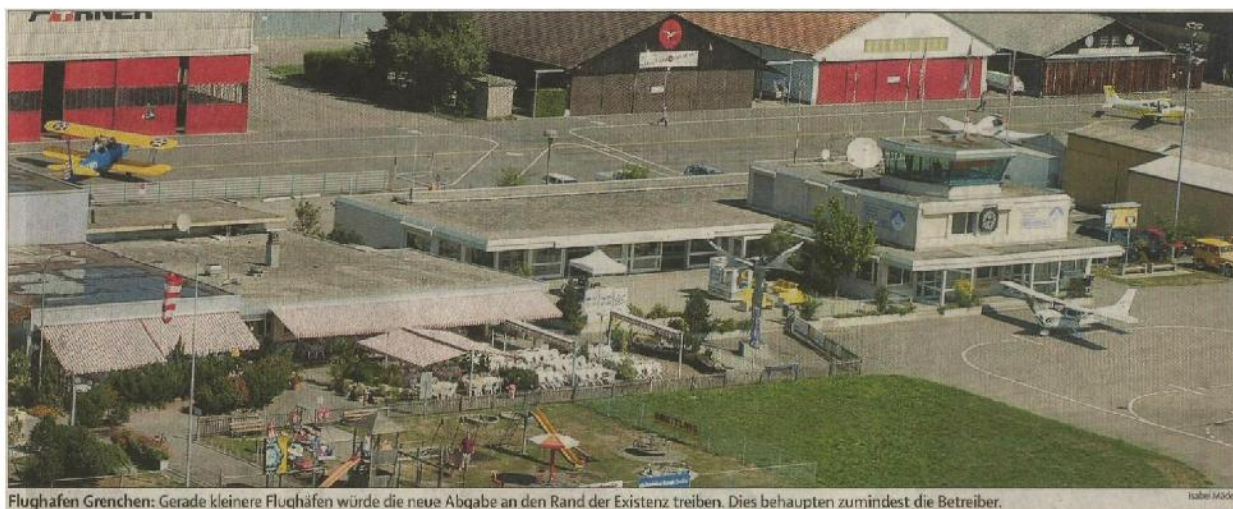


NEUE STEUER GEPLANT

Amt provoziert Luftfahrtbranche



Flughafen Grenchen: Gerade kleinere Flughäfen würde die neue Abgabe an den Rand der Existenz treiben. Dies behaupten zumindest die Betreiber.

Trotz massiver Kritik der Politik und der betroffenen Verbände hält das Bundesamt für Luftfahrt an der Einführung einer neuen Flugsteuer fest. Sie würde sich laut Experten spürbar auf die Flugticketpreise niederschlagen.

Es zeichnet sich ab, dass das Departement von Bundesrat Moritz Leuenberger an der Einführung der hoch umstrittenen Aufsichtsabgabe in der Luftfahrt festhält. Die neue Steuer müssten Fluggesellschaften, Flughäfenbetreiber und Flugschulen entrichten. Jährlich soll sie dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) 18 Millionen Franken einbringen. So soll der Kostendeckungsgrad des Amtes erhöht werden. In der Vernehmlassung Ende letzten Jahres ist der Vorschlag auf massive Kritik gestossen.

Auftrag des Bundesrates

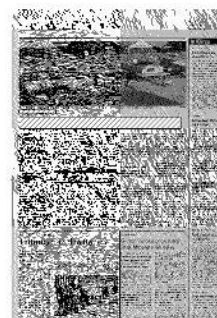
Nicht nur Luftfahrt- und Tourismusverbände stemmten sich dagegen. Mit Ausnahme der SP haben alle grossen Parteien die neue Steuer kategorisch abgelehnt. Doch gestern sagte Bazl-Sprecher Daniel Göring auf Anfrage dieser Zeitung: «Aus unserer Sicht ist die Abgabe immer noch eine Möglichkeit, die zusätzlichen 24 Stellen in der Sicherheitsaufsicht zu finanzieren.» Der Bundesrat habe ja gefordert, dass es dafür neue Finanzierungsquellen brauche.

Bundesrat entscheidet bald

Die Rechtsgrundlage für die neue Steuer soll Bestandteil des neuen Luftfahrtgesetzes sein. Laut Göring ist geplant, dass der Bundesrat das Gesetz noch vor den Sommerferien verabschiedet. Theoretisch besteht die Möglichkeit, dass Bundesrat Leuenberger die umstrittene

Aufsichtsabgabe im letzten Moment doch noch aus der Vorlage streicht. Beim Departement wollte man sich diesbezüglich nicht äussern. Es hiess bloss, man habe die Botschaft zuhanden des Gesamtbundesrates noch nicht erstellt.

Jetzt, noch bevor der Bundesrat entschieden hat, ob er die Steuer tatsächlich einführen will, formiert sich konkreter Widerstand. SVP-Nationalrat Rudolf Joder reicht eine Motion ein. Sie soll die Einführung der Steuer verhindern. Joder ist gleichzeitig Präsident der Swiss Helicopter



Association. Das ist der Verband der Helikopterunternehmen in der Schweiz.

«Ticketpreise steigen»

Joders Argumente: «Es gab erst kürzlich eine massive Erhöhung der amtlichen Gebühren in der Luftfahrt.» In der Tat: Vor einem Jahr hat das Bazl seine Gebühren stark erhöht, und zwar um bis zu 300 Prozent. Betroffen waren etwa Gebühren für Landebewilligungen oder Lizenzerneuerungen. Schon damals lief die Luftfahrt Sturm dagegen.

Joder weiter: «Diese neue Steuer bringt viele Unternehmen in der Luftfahrt an den Rand der Existenz.» Nicht nur Helikopterfirmen könne diese Steuer hart treffen, sondern auch Flughäfen wie jenen in Belp. «Es ist sowieso stossend, dass man beim Bazl von Kostendeckungsgrad redet. In Bezug auf andere Bundesämter wäre dieser Begriff gar undenkbar.»

Nicht anders sieht es Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse. Das ist der Dachverband aller schweizerischen Luftfahrtbetriebe. Die neue Abgabe stehe nun einmal wirklich völlig quer in der Landschaft, so Kurrus. «Alle reden von Wirtschaftskrise und fordern Ankurbelungsprogramme, und gleichzeitig plant der Bundesrat, eine neue Staatsabgabe einzuführen.» Die Abgabe würde viele Flugunternehmen in ernsthafte Schwierigkeiten treiben, sagt auch er.

Laut Kurrus würde sich die neue Abgabe direkt auf die Preise der Flugtickets und auf die Frachttarife auswirken. «Die Preise würden spürbar steigen.» Um wie viel, stehe jetzt noch nicht fest, weil noch nicht klar sei, wer genau wie viel zahlen müsse.

Joder wie Kurrus kritisieren, die neue Abgabe stehe in völligem Widerspruch zur Präambel

des Luftfahrtberichts des Bundesrates. Der Bundesrat halte dort fest, die Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrt sei zu fördern, weil ihr eine herausragende volkswirtschaftliche Bedeutung zukomme. Mit der Aufsichtsabgabe würde nun aber genau das Gegenteil geschehen.

MISCHA AEBI

REGIONAL

Die Empörung ist gross

Andreas Wegier, Direktor des Flughafens Grenchen, ist alles andere als begeistert von der Aufsichtsabgabe: «Wir werden schon genug mit Steuern und Abgaben belästigt.» Sollte diese Abgabe kommen, droht Wegier damit, dem Bazl Gegenrechnung für den Mehraufwand zu stellen. Und weiss, dass alle seine Kollegen, welche einen Flughafen leiten, diesen Passus im neuen Luftfahrtgesetz rundweg ablehnen. Auch Daniel Sulzer, Geschäftsführer der Berner Oberländer Helikopter AG

(Bohag), reagiert empört: «Wir sind dezidiert dagegen, dass kommerzielle Anbieter immer mehr Gebühren abliefern müssen.» Noch wissen die Flughafenbetreiber und alle andere von dieser neuen Steuer betroffenen Firmen nicht, wie hoch ihr Obolus sein würde, den sie dereinst dem Bazl abliefern müssten. Die Parameter für die konkrete Ausgestaltung werden erst vorgenommen, wenn die Teilrevision dereinst die Räte passiert hat, erläutert Bazl-Sprecher Daniel Göring. **gr**